

Vertraulich

24.2.1975

Aussprache mit dem Schah in Zürich vom  
21. Februar 1975

---

Das Gespräch, an dem von iranischer Seite neben dem Schah lediglich der iranische Botschafter in Bern und General Dr. Abdel-Karim Ayadi und schweizerischerseits die Herren Bundespräsident Graber, Bundesrat Brugger, Generalsekretär Thalmann, Botschafter Languetin, Botschafter Gottret und der Unterzeichnete teilnahmen, verlief, wie letztes Jahr, in sehr aufgeschlossener und völlig informeller Weise. Der Schah wirkte entspannt, zeigte sich an den schweizerischen Verhältnissen interessiert und war ausserordentlich beschlagen in allen Fragen der weltwirtschaftlichen Zusammenhänge und selbstverständlich der Erdölpolitik. Seine Ausführungen waren von grossem Ernst getragen, seine Vorschläge weniger visionär und seine Schilderung der wirtschaftlichen Perspektiven Irans weniger masslos als letztes Jahr. Die Betonung lag auf der Interdependenz, der Notwendigkeit kooperativer Lösungen zur Vermeidung eines dauerhaften Schadens der Weltwirtschaft und insbesondere der freien Welt. Im einzelnen wurden folgende Themen besprochen:

1. Der bevorstehende Dialog zwischen Konsumenten- und Produzentenländern

Der Schah zeigte sich optimistisch mit Bezug auf das Zustandekommen des vorgesehenen Dialogs und der Möglichkeit, zu einvernehmlichen Lösungen zu gelangen. Bedauerlich sei lediglich, dass seit seinem ursprünglichen Vorschlag eines Gesprächs zwischen OPEC und OECD 14 Monate verstrichen seien; jetzt dürfe keine weitere Zeit verloren gehen. Gewisse Befürchtungen hegt er bezüglich des Störfaktors, den die Entwicklungsländer darstellen könnten. Falls die Teilnahme dieser Gruppe, wie vorgesehen, auf Brasilien,

- 2 -

Zaire und Indien beschränkt werden könne, sei Gewähr für eine gemässigte Haltung geboten; andernfalls müsste eine direkte Verständigung zwischen OPEC und den Industriestaaten angestrebt werden.

Interessanterweise vertraut der Schah darauf, dass sich Algerien, das sich zum Führer der Gruppe der "77" aufgeschwungen hat, durch die gemässigten OPEC-Staaten, insbesondere Iran, beeinflussen lassen werde. Weitere radikale Regierungen, wie Irak, hätten zu wenig Gewicht, um ihre Thesen durchzusetzen. Die Hauptrolle werde Iran, Saudi Arabien und Venezuela zufallen, die sich alle drei der freien Welt zugehörig fühlten und daher an einer Zusammenarbeit interessiert seien.

Dem Bestreben, allgemeine Rohstoff-Fragen in den Dialog einzubeziehen, müsse zumindest insofern begegnet werden, als das Hauptgewicht auf der Regelung der Erdölfrage zu liegen habe, die an sich relativ kurzfristig lösbar sei. Er erwähnte jedoch wiederum das grundsätzliche Postulat einer Verbindung der Erdölpreise mit den Preisen der von den OPEC-Ländern benötigten Importe. Er gab zu, dass sich eine mathematische Indexierung technisch kaum bewerkstelligen liesse; doch müsse die Kaufkraft der Erdölexporte erhalten bleiben. In diesem Zusammenhang erwähnte er den iranischen Plan eines "Energiefonds", in den überschüssige Petrodollars für 5 bis 10 Jahre einbezahlt werden könnten zur Weiterleitung an Defizitländer, insbesondere zur Finanzierung alternativer Energiequellen, mit der Möglichkeit einer Rückzahlung entweder in Geld oder in äquivalenten Energiemengen aus diesen neu zu erschliessenden Energieträgern.

Mit der schweizerischen Konzeption einer Einigung auf eine gemeinsame weltwirtschaftliche Lagebeurteilung und einer gemeinsamen Verantwortung zur Wiederherstellung des weltwirtschaftlichen Gleichgewichts durch entsprechende Massnahmen aller Ländergruppen erklärte er sich vollständig einverstanden. Der Versuch einer Konfrontation könne zu keinem Ergebnis führen.

## 2. Langfristige Erdölpolitik

Keine Aenderung der bisherigen Zielsetzung, die auf Einsparung des Erdölverbrauchs zwecks Streckung der beschränkten Vorkommnisse und Durchführung der nötigen Industrialisierung der OPEC-Länder zur Sicherung ihrer wirtschaftlichen Zukunft ausgerichtet ist. Der Iran selber sei im Begriff, ein langfristiges Atomenergieprogramm in Angriff zu nehmen.

Der Schah bestätigte neuerdings die Bereitschaft, mit der Schweiz ein bilaterales Abkommen für die Lieferung von Erdöl zu fixen Preisen gegen die entsprechende Zusicherung der Lieferung von schweizerischen Waren zu einer gleichermassen im Verhältnis zum Erdölpreis fixierten Preisrelation abzuschliessen. Er fragte, weshalb mit Bezug auf die Trägerschaft für ein derartiges Abkommen keine Fortschritte erzielt worden seien. Unsere Bemerkung, dass hierfür die Errichtung einer dritten Raffinerie erforderlich wäre, deren Wirtschaftlichkeit angesichts der gegenwärtigen Ueberkapazität nicht gewährleistet werden könnte, beantwortete er wie folgt: Tatsächlich besteht eine momentane Ueberkapazität. In 5 bis 6 Jahren würden jedoch die Raffineriemöglichkeiten angesichts des zunehmenden Automobilverkehrs weiter ausgebaut werden müssen. Iran wäre sowohl zu einer "downstream"-Lösung wie zum Bau einer Raffinerie in Iran für die Versorgung der Schweiz mit Erdölprodukten bereit. Es könnte daher ein Lieferabkommen in Erwägung gezogen werden, das die Frage der Errichtung einer Raffinerie als "joint venture" für später aufschiebe. Wir nahmen diese Ausführungen ohne Kommentar zur Kenntnis.

Dagegen bekundeten wir unser Interesse am Bezug von Erdgas aus Iran (s. separate Notiz zu diesem Thema).

## 3. "Recycling der Petrodollars und Entwicklungshilfe

Der Schah hatte letztes Jahr bekanntlich den Vorschlag gemacht, eine separate Finanzinstitution zu gründen, die die Petrodollars an die Entwicklungsländer zu besonders günstigen Bedingungen weiterleiten und gegenüber den OPEC-Staaten das Schuldnerisiko tragen würde. Inzwischen ist statt dessen die "Oelfazilität" des In-

ternationalen Währungsfonds geschaffen worden. Der Schah zeigte sich nicht begeistert über die wachsende Rolle der Bretton Woods-Institutionen in diesem Zusammenhang, da diese den besonderen Erfordernissen der Entwicklungsländer zu wenig Rechnung tragen könnten. Trotzdem sei Iran bereit, sich an derartigen Aktionen zu beteiligen - solange Devisenüberschüsse vorhanden seien (sic!). Vom kommenden Jahr an werde Iran keine solchen Ueberschüsse mehr aufweisen, da die industriellen Investitionen, die Rüstung und die Sozialprogramme (Ernährung und Erziehung) die gesamten Erdöleinnahmen absorbieren würden.

#### 4. Wirtschaftliche und politische Lage Irans

Neben den erwähnten Hinweisen äusserte sich der Schah nicht im einzelnen über das iranische Entwicklungsprogramm. Er betonte lediglich, dass die Entwicklung der Atomenergie und der Bau elektrischer öffentlicher Verkehrsmittel (Untergrundbahn) dabei eine wesentliche Rolle spielten und der Einsparung von Erdöl dienen sollten. Im übrigen wies er darauf hin, dass eines der Hauptentwicklungsprobleme sich aus der raschen Bevölkerungszunahme (3,5 % pro Jahr) ergebe. Die Regierung sei entschlossen, durch entsprechende Industrialisierung die nötigen neuen Arbeitsplätze zu schaffen, gleichzeitig aber auch die landwirtschaftliche Produktion zur Sicherung der Ernährungsgrundlage auszudehnen. Auch mit Bezug auf Ausbildung und Gesundheitsdienst sei eine rasche Entwicklung vonnöten. Für gewisse Entwicklungsvorhaben solle die Armee eingesetzt werden.

Ueber die Rolle der UNO als Garant des Weltfriedens und insbesondere des Friedens im Nahen Osten äusserte sich der Schah recht zynisch und abschätzig. Er habe am vorherigen Tag mit dem "armen" Herrn Waldheim gesprochen. Der Zypernkonflikt beweise, dass jeder Staat mit militärischen Machtmitteln innerhalb von zwei bis vier Tagen ein nicht mehr rückgängig zu machendes "fait accompli" schaffen könne.

Iran ziehe daraus die Konsequenz, für seine militärische Sicherheit selber aufkommen zu müssen. Dies sei die Erklärung für die riesigen Rüstungsauslagen.

## 5. Schweizerische Exportmöglichkeiten

Der Schah bestätigte, vom Vorort ein Memorandum erhalten zu haben, und äusserte seine Genugtuung darüber, dass die schweizerische Industrie sich nun ernsthaft für Investitionen in diesem Land zu interessieren scheine. Er habe immer eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der Schweiz gewünscht. Die schweizerischen Vorschläge würden nun an die Iranische Handelskammer (gemischtes staatlich-privatwirtschaftliches Gremium für die Entwicklungsplanung) sowie an die zuständigen Ministerien weitergeleitet. Der Schah wollte sich zu den einzelnen Vorschlägen nicht äussern, sondern bemerkte lediglich, diese seien sehr zahlreich. Wir erhielten den Eindruck einer gewissen Verlegenheit ob der Fülle des vom Vorort zusammengetragenen Materials. Der Schah erwähnte jedoch insbesondere eine Besprechung mit a. Bundesrat Celio und der Alusuisse über die Möglichkeit der Durchführung gemeinsamer Investitionen in Drittstaaten. Diese Konzeption, die auch unsererseits zur Sprache gebracht wurde, erachtet er als zukunftssträftig. Iran erhalte dadurch Gelegenheit, sein Geld zu investieren und "know how" zu erwerben, die Schweiz, Investitionsgüter-Lieferungen durchzuführen und sich bei Grundstoffinvestitionen eine entsprechende Quote an den betreffenden Rohstoffen langfristig zu sichern.

Der iranische Botschafter vertrat nach Abschluss des Gespräches die Auffassung, dass eine schweizerische Wirtschaftsdelegation Iran besuchen sollte, um sich in Kenntnis der lokalen Verhältnisse selber ein Bild darüber zu machen, welche Projekte am aussichtsreichsten wären. Um konkrete Resultate zu erzielen, müsse die schweizerische Liste auf 8 bis 12 Vorhaben reduziert werden, die dann mit der entsprechenden Energie weiterzuverfolgen wären.

## 6. Währungsfragen

Wir erläuterten dem Schah auf seine Frage den Grund für die hohen Negativzinsen und unser Problem der Frankenaufwertung. Er äusserte in diesem Zusammenhang den Wunsch, dass die schweizerischen Privatbanken in Iran aktiver auftreten sollten, um Investitionsmöglichkeiten zu vermitteln, die auch in Drittstaaten liegen könnten.

- 6 -

Wir bestätigten, dass wir die Rolle der Schweiz als Finanzplatz in dieser Drehscheibenfunktion erblickten und dass die Nationalbank bereits ihre Bereitschaft zu Konsultationen bekundet habe. Der Schah begrüßte dies und regte an, dass möglichst rasch direkte Kontakte zwischen der Nationalbank und den iranischen Währungs- und Finanzbehörden aufgenommen würden.

\* \* \*

\*

Was die Mitgliedschaft der Schweiz in der Internationalen Energieagentur anbetrifft, hat der Schah ohne negative Reaktion die Gründe für unseren Schritt zur Kenntnis genommen, die wir nochmals in Erinnerung riefen. Er schien diese als selbstverständlich zu erachten. Im besonderen zeigte er Verständnis für die Rolle der Agentur bei der Vorbereitung des Dialogs mit den Produzentenländern, betonte aber, dass diese Abstimmung der Haltung der Konsumentenländer nicht mit dem Ziel einer Konfrontation erfolgen dürfe.

\* \* \*

\*

Am Schluss bezeichnete der Schah diese erneute Möglichkeit einer Aussprache mit der schweizerischen Regierung als besonders nützlich und gab der Hoffnung Ausdruck, dass sich diese Sitte nun eingebürgert habe und ein ähnliches Zusammentreffen bei seiner nächsten Schweizer Reise stattfinden könne.

